

LE MONDE diplomatique

Ausgabe
vom
11.1.2002



Die deutschsprachige Ausgabe der französischen
Monatszeitung für internationale Politik

Das Völkerrecht und die Sprache der Gewalt

Von MONIQUE CHEMILLIER-GENDREAU *

* Lehrt an der Universität Paris-VII-Denis-Diderot.

MEHR und mehr entfernen sich die Staaten der Welt derzeit von rechtlichen und politischen Festlegungen, auf die eine internationale Gemeinschaft sich hätte gründen können. Besonders deutlich wird dies in der Sichtweise des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Bereits 1945 wurde damit begonnen, Grundsätze hinsichtlich der Personenrechte, der Friedenserhaltung und der Rechte von Völkern aufzustellen; in jüngster Zeit kamen Ansätze eines internationalen Strafrechts hinzu, das Verstöße gegen diese Grundsätze nicht länger unbestraft lassen soll. Doch dieser rechtliche Rahmen wurde in der Vergangenheit von allen israelischen Regierungen missachtet, was stets die Unterstützung der Vereinigten Staaten gefunden hat.

Neben der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 (hochsymbolisch, aber ohne bindende Wirkung) gibt es verschiedene Vereinbarungen, in denen die gemeinsamen Werte der Weltgesellschaft, in Kriegs- wie in Friedenszeiten, niedergelegt sind. Dazu gehören die internationalen Pakte von 1966 über persönliche, politische, wirtschaftliche und soziale Rechte sowie die Genfer Konventionen zum Schutz der Menschenrechte in bewaffneten Konflikten, die Konvention gegen Folter sowie die UN-Kinderrechtskonvention. Alle diese Vereinbarungen haben rechtlich bindende Kraft.

Der Staat Israel hat sich seit seiner Gründung um solche Konventionen nie geschert. Die innerhalb seiner Grenzen lebenden Araber sind vielfachen Diskriminierungen ausgesetzt, die gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen. In den besetzten Gebieten wird Folter nach wie vor praktiziert, und das nicht nur in Ausnahmefällen. Zeitweise war sie sogar offiziell erlaubt. Und sie macht auch vor Kindern nicht Halt, die einen hohen Anteil unter den Verhafteten ausmachen.(1)

Alle Menschenrechtsorganisationen - auch israelische - kritisieren die

[Startseite](#)

[Leserbriefe](#)

[Impressum](#)

[Archiv/Suche](#)

[Abonnement](#)

[Anzeigen](#)

[internat. Ausgaben](#)



[Kunst in LMD](#)

eurozine
the netmagazine



Verweigerung des Rechts auf Bewegungsfreiheit und anderer in Konventionen festgeschriebene Rechte.(2) Das impliziert zugleich die Verletzung allgemeiner Rechte, insbesondere der in den Genfer Konventionen aufgeführten Schutzklauseln, durch systematisch durchgeführte Maßnahmen wie Bevölkerungsvertreibung, Errichtung von Siedlungen für Angehörige der Besatzungsmacht, Zerstörung von Häusern und Anbauflächen, willkürliche Verhaftungen und geplante Morde, Maßnahmen zur Aushungerung der Bevölkerung, Zerstörung ihrer Wirtschaft und Einschränkung ihrer Außenkontakte. Viele der Handlungen zeugen zuallererst von der Ehrlosigkeit der Täter; so das Verhalten der israelischen Siedler in Hebron, die ihre Abfälle auf tiefer gelegene palästinensische Häuser kippen, weshalb über den Häusern der arabischen Altstadt Schutznetze aufgespannt werden mussten.

Die Grundsätze der Friedenserhaltung wurden und werden mit Füßen getreten: Israel hält sich weder an das Verbot des Einsatzes militärischer Gewalt und der Annexion von Gebieten noch an das Prinzip der Achtung von territorialer Integrität und politischer Unabhängigkeit anderer Völker.

Somit wird dem palästinensischen Volk der Status als Subjekt des Völkerrechts nicht nur in der Praxis, sondern im Grundsatz verweigert. Dieses Recht, das schon vom Völkerbund definiert und garantiert und später in der UN-Charta als zentrales Prinzip der Vereinten Nationen bekräftigt wurde, hatte die UN dem palästinensischen Volk im Teilungsplan von 1947 zugesichert, als das Territorium halbiert wurde. Doch anstatt mittels Verhandlungen und Überzeugungsarbeit das Einverständnis der Palästinenser zu diesem territorialen Opfer zu erlangen, wollten Israel und seine Verbündeten mit gewaltsamen Mitteln noch mehr erreichen. Der Staat Israel machte sich daran, etappenweise die verbleibende Hälfte Palästinas zu erobern und in Besitz zu nehmen, die eigentlich einem palästinensischen Staat vorbehalten sein sollte.

Die ersten israelischen Gebietsgewinne resultierten aus dem Krieg von 1948 bis 1950. Der Krieg von 1967 brachte die Annexion Ostjerusalems und die Militärherrschaft über die verbleibenden palästinensischen Gebiete. Auch die Oslo-Verträge von 1993, aufgrund deren die so genannte Palästinensische Autonomieverwaltung entstand, haben den israelischen Vormarsch auf palästinensisches Gebiet nie gestoppt.

Obwohl es sich dabei ursprünglich um ein Projekt der politischen Rechten handelte, wurde es auch von der Linken gestützt und weitergeführt. Die Siedlungen in den besetzten Gebieten wurden auch unter den Regierungen der Arbeitspartei ausgebaut, auch wenn man wusste, welchen Terror die fanatischen Siedler verbreiten. Keine der Friedensverhandlungen basierte auf einer umfassenden Anerkennung der Personenrechte und des Völkerrechts. Und obwohl die Haltung der USA gegenüber Israel nicht immer gleich war - je nachdem ob die Republikaner oder die Demokraten die Regierung stellten -, hat keine Regierung Israel klare Grenzen auferlegt.

Heute hat es den Anschein, als wolle die Regierung Scharon dem palästinensischen Volk das Existenzrecht verweigern, also seine Identität

auslöschen. Als handele es sich um die Ablösung eines Gouverneurs oder Statthalters, diskutieren Bush und Scharon darüber, ob Arafat noch zu halten sei oder ausgeschaltet werden müsse. Die Anschläge der Hamas sind eine verabscheuungswürdige Reaktion, doch letztlich hat Israel sich seine Sicherheitsprobleme selbst geschaffen, indem es den Palästinensern alle Möglichkeiten des friedlichen Widerstands verweigerte.

Im Übrigen lehnt man es in Israel ab, die eigene Führung strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen: Ariel Scharon wurde bezüglich der Vorwürfe, die man nach dem Massaker in den libanesischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila gegen ihn erhoben hatte, von einem nationalen Untersuchungsausschuss reingewaschen; den Internationalen Strafgerichtshof erkennt Israel nicht an; der Staat bekennt sich zur so genannten gezielten Ermordung von Palästinensern, die er für Anschläge verantwortlich macht - doch niemand kommt auf die Idee, die Auftraggeber und Ausführenden solcher Liquidationen gerichtlich zu verfolgen. Dafür wird sich das israelische Nationalbewusstsein vor der Geschichte verantworten müssen.

Durch ihr Scheitern haben sich die Friedensverhandlungen als das erwiesen, was sie immer waren: ein Zwischenspiel, das unfähig war, die Idee der Gerechtigkeit gegen Vorbehalte und Hintergedanken durchzusetzen. Alle (auch die US-amerikanischen Vermittler), die im Juli 2000 an den Friedensgesprächen in Camp David zwischen Clinton, Barak und Arafat direkt beteiligt waren, haben danach erklärt, eine Friedensregelung sei niemals in greifbarer Nähe gewesen. Dagegen schien sich im Januar 2001 in Taba tatsächlich ein Kompromiss zwischen Palästinensern und Israelis abzuzeichnen - doch da war es zu spät, denn der israelische Wahlkampf hatte bereits begonnen.(3)

Die Palästinafrage ist von den Entwicklungen in der internationalen Politik nicht zu trennen. Inzwischen haben sich die Methoden Israels, der USA, aber auch Russlands angeglichen. Alle drei Staaten sind für die Unterdrückung von Völkern verantwortlich, die ihren Plänen im Wege sind - von Palästinensern, von Tschetschenen, von Irakern. Wobei im Fall der USA die Liste jener Länder, die nach Bedarf als Terroristen oder Schurkenstaaten apostrophiert werden, nicht vollständig ist. Gemeinsam ist all diesen Ländern, dass sie einem Terror ausgesetzt sind, der von militärisch hoch überlegenen Staaten ausgeht. Und dass man ihnen die Beachtung von Regeln aufzwingen will, über die sich die Herren der Welt mutwillig und permanent hinwegsetzen. Ein Beispiel: Gerade jene Staaten, die sich durch protektionistische Maßnahmen schützen, verlangen von allen anderen ein striktes Bekenntnis zum Freihandel. Weil Irak im Verdacht steht, biologische Waffen zu besitzen, werden die Sanktionen aufrechterhalten, dabei sind die USA selbst nicht bereit, ein Protokoll zu unterzeichnen, das die Kontrolle solcher Waffen vorsieht.(4) Und im US-Kongress wird sogar ein Gesetzentwurf diskutiert, der Sanktionen gegen alle Staaten vorsieht, die für eine internationale Strafgerichtsbarkeit eintreten.

Israel fordert die Palästinensische Autonomiebehörde auf, die Hintermänner von Attentaten zu verhaften und auszuliefern, und gleichzeitig schwächen die

israelischen Angriffe bewusst und gezielt palästinensische Polizeikräfte, die diese Verhaftungen durchführen müssten. Wenn dagegen, was kaum vorstellbar ist, Jassir Arafat oder ein anderer palästinensischer Führer es wagen sollte, von Ariel Scharon die Verhaftung der (namentlich bekannten) Urheber gezielter Mordanschläge auf palästinensische Führungspersonen und deren Überstellung an palästinensische Gerichte zu fordern - die Empörung wäre grenzenlos.

■ Die Anerkennung Palästinas erwägen

ALLE israelischen Regierungen (die man natürlich nicht mit der Gesamtheit der Bevölkerung gleichsetzen darf) genießen große Unterstützung in der ganzen Welt. Diese proisraelischen Kräfte unterstützen mit beträchtlichem Engagement die israelische Politik und scheuen sich nicht, diejenigen einzuschüchtern und zu bedrohen, die von Israel die Einhaltung internationaler Rechte einfordern. Wer es wagt, die antipalästinensische Politik der israelischen Regierung zu kritisieren, muss mit dem Vorwurf des Antisemitismus rechnen.

Wie kann man aus dieser verfahrenen Situation herausfinden? Es geht ja nicht nur um die Palästinenser oder andere Völker, die etwa durch Russland oder die USA in ähnlicher Weise unter Druck gesetzt werden. Das Problem ist weit umfassender. In den meisten Ländern des Südens, zumal in den Staaten der arabisch-muslimischen Welt, gibt es keine demokratischen Verhältnisse, und die persönlichen Freiheiten stehen nicht hoch im Kurs. Wenn sich die mächtigsten Staaten über die Bestimmungen des internationalen Rechts und das Prinzip der Gleichberechtigung aller souveränen Staaten - unentbehrliche Voraussetzung für die Herausbildung einer internationalen Demokratie - einfach hinwegsetzen, müssen sich die Machthaber in den Entwicklungsländern in ihrer Willkürherrschaft bestärkt fühlen. Den Menschen in diesen Ländern bleibt nur die Verzweiflung, die alle möglichen Formen von Fanatismus ausbrütet.

Gerade weil die Werte, die jetzt weithin missachtet werden, einst in Europa entstanden sind, tragen die europäischen Staaten die Verantwortung, mehr zu tun, als mit einer an Feigheit grenzenden Zurückhaltung den Leiden zuzusehen, die viele Völker, und gerade auch die Palästinenser, zu erdulden haben.

Zur Veränderung der Situation könnten drei Maßnahmen beitragen. Zum einen könnte man eine Eingreiftruppe entsenden, etwa unter dem Oberbefehl der Vereinten Nationen. Dass die USA dagegen ihr Veto einlegen würden, sollte nur diejenigen abschrecken, die ohnehin nichts tun wollen. Denn ein Veto blockiert zwar die Entscheidungen des Sicherheitsrats, kann aber von der UNO-Vollversammlung aufgehoben werden, wie dies - auf Initiative der USA - bereits mehrfach geschehen ist. Solch eine Aufwertung der Rolle der Vollversammlung würde auch der UNO gut tun, die an ihrer Machtlosigkeit zu scheitern droht. Notfalls könnte eine europäische Truppe die Aufgabe übernehmen. Das wäre zugleich eine gute Gelegenheit für die EU-Staaten, sich auf eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik festzulegen. In jedem

Fall wäre mit dem Widerstand der USA und selbstverständlich Israels zu rechnen. Doch es geht um die Abwehr einer Gefahr, die uns alle betrifft, und dafür sollte man etwas riskieren.

Eine zweite Möglichkeit wären wirtschaftliche Maßnahmen. Die EU kann die Einfuhr von Erzeugnissen aus den israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten untersagen, um deutlich zu machen, dass sie die Siedlungspolitik als illegal betrachtet. Eigentlich sollte man noch einen Schritt weiter gehen, und so lange jede finanzielle Unterstützung verweigern, bis Israel bereit ist, sich an alle Bestimmungen des internationalen Rechts zu halten.

Eine dritte Möglichkeit wäre die Anerkennung Palästinas. Jede Regierung hat die Freiheit, sich für die Gründung dieses Staates auszusprechen. Formal wäre das kein Problem - es liegt in der Hand der jeweiligen Führung. Die PLO hatte 1988 bereits ein unabhängiges **Palästina** proklamiert, das von einer Reihe von Ländern anerkannt worden war. Warum sollten sich die Mitgliedstaaten der EU nicht anschließen? Falls man eine erneute Unabhängigkeitserklärung für nötig hält - Jassir Arafat, den man immer wieder von diesem Schritt abhalten musste, dürfte dazu gern bereit sein. Gar nichts zu unternehmen bedeutet jedenfalls, die gegenwärtige Entwicklung stillschweigend zu billigen.

dt. Edgar Peinelt

Fußnoten:

- (1) "Enfants palestiniens détenues par Israël: exigez le respect de leurs droits", Plate-forme des ONG françaises pour la Palestine, November 2001.
- (2) Siehe die Berichte von amnesty international, Human Rights Watch und der israelischen Menschenrechtsorganisation Btselem.
- (3) Siehe Robert Malley, "Quelques légendes sur léchec de Camp David", *Le Monde*, 17. Juli 2001, und Alain Gresh, "Verpasste Friedenschancen", *Le Monde diplomatique*, September 2001.
- (4) Vgl. *Le Monde*, 25./26. November 2001.

Le Monde diplomatique Nr. 6647 vom 11.1.2002 Seite 18-19 335 Zeilen
Dokumentation MONIQUE CHEMILLIER-GENDREAU

© Contrapress media GmbH
Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

◆ [Trefferliste](#)

◆ [Voriger Artikel](#) ◆ [Nächster Artikel](#)

LE MONDE diplomatique

Ausgabe
vom
12.4.2002



Die deutschsprachige Ausgabe der französischen
Monatszeitung für internationale Politik

Sabotierter Friede

Von IGNACIO RAMONET

VOLLSTÄNDIGER Friede und Rückgabe aller besetzten Territorien: diesen Plan mit dem Vorteil großer Einfachheit unterbreitete im Februar dieses Jahres Prinz Abdallah von Saudi-Arabien und stellte ihn auf dem arabischen Gipfel von Beirut zur Diskussion: Israel zieht sich auf die Grenzen vom 4. Juni 1967 zurück, die Golanhöhen gehen wieder an Syrien, und im Gaza-Streifen, im Westjordanland und in Ostjerusalem entsteht ein palästinensischer Staat. Als Gegenleistung nehmen die 22 Mitglieder der Arabischen Liga volle diplomatische Beziehungen zu Israel auf, normalisieren die Handelsbeziehungen und verpflichten sich, die Sicherheit der israelischen Grenzen zu garantieren. (Von den arabischen Staaten haben lediglich Ägypten und Jordanien einen Friedensvertrag mit Israel abgeschlossen.)

Vollständiger Rückzug gegen vollständigen Frieden: diese schlichte Gleichung stieß bei allen Regierungen auf lebhaftes Interesse. Dabei ist der Vorschlag so neu nicht: Das Prinzip "Land gegen Frieden" ist bereits in den Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrats von 1967 und 1973 enthalten. Auf dieser Grundlage beruhte bereits die Konferenz von Madrid 1991 und das - inzwischen obsolet gewordene - Osloer Abkommen zwischen Israelis und Palästinensern. Die Verhandlungen von Camp David im Juli 2000, kurz vor Ausbruch der zweiten Intifada, gingen ebenso von diesem Prinzip aus wie die als "letzte Chance" bezeichneten Gespräche in Taba vom Januar 2001.

Da die saudi-arabische Initiative also nichts wirklich Neues zu bieten hat, fragt man sich, weshalb sie solch große Hoffnungen geweckt hat. Weil sie zu einem Zeitpunkt vorgebracht wurde, als drei Dynamiken zum Stillstand gekommen zu sein schienen.

Die erste dieser Dynamiken ist die von General Scharon gewählte Gewaltstrategie, um die Palästinenser in die Knie zu zwingen und sie dazu zu bringen, im Namen eines religiös hergeleiteten Anspruchs auf ein "Großisrael" die Endgültigkeit der Besiedlung eines Teils der besetzten Gebiete zu akzeptieren, die international als palästinensisches Territorium anerkannt sind. (Seit Februar 2001 sind im Zuge dieser Politik 34 neue Siedlungen gegründet worden.) Der unverhältnismäßige Einsatz von Kriegsschiffen, F-16-Jagdbombern, Kampfhubschraubern und Panzern gegen eine weitgehend

[Startseite](#)

[Leserbriefe](#)

[Impressum](#)

[Archiv/Suche](#)

[Abonnement](#)

[Anzeigen](#)

[internat. Ausgaben](#)



[Kunst in LMD](#)

eurozine
the netmagazine



waffenlose Bevölkerung hat nicht die von Scharon und seinem Generalstab gewünschte Wirkung gezeitigt.

Ganz im Gegenteil: Nie zuvor hatten die Israelis so hohe Verluste an Menschenleben zu beklagen, nie zuvor war die Unsicherheit im Land selbst so groß. Überdies haben die Verbrechen der Armee bei der Besetzung der Städte des Westjordanlandes dem internationalen Ansehen Israels sehr geschadet und sogar bei der israelischen Bevölkerung Widerwillen hervorgerufen. Die Menschenrechtsorganisation B'Tselem erklärte schon am 12. März: "In allen Städten und Flüchtlingslagern, in die die Armee einmarschiert ist, haben die israelischen Soldaten hemmungslos geschossen und unschuldige Zivilisten getötet, sie haben absichtlich die Wasser-, Strom- und Telefonleitungen zerstört, sie haben Privathäuser gestürmt und zerstört, sie haben auf Krankenwagen geschossen und die medizinische Versorgung von Verletzten verhindert." In den Reihen der Armee finden immer mehr israelische Offiziere den Mut, Nein zu sagen zu diesem Vorgehen, Nein zu sagen zur Besetzung Palästinas. Laut der Jerusalemer Tageszeitung *Ma'ariv* vom 15. März sprechen sich 60 Prozent der Israelis für einen Rückzug aus bestimmten besetzten Gebieten aus, 63 Prozent sind für die Schaffung eines palästinensischen Staats und 67 Prozent sind mit General Scharon nicht einverstanden.

DIE zweite Dynamik, die sich langsam zu erschöpfen schien, war der Widerstand der Palästinenser. Die Bevölkerung ist am Ende, auch wenn sie es nicht eingestehen mag. Sie hat schwere Schläge aushalten müssen, viele Führer bewaffneter Organisationen fielen den "gezielten Hinrichtungen" der Israelis zum Opfer, und die Infrastruktur des entstehenden palästinensischen Staats liegt in Trümmern. Die Saat der Verzweiflung ging auf und brachte die verbrecherische Strategie der Selbstmordattentate gegen israelische Zivilisten hervor - zum Entsetzen der internationalen Gemeinschaft. Dem Unternehmen Scharons bringt sie Unterstützung unter den israelischen Bürgern. Die palästinensischen Führer, die immer noch auf die Karte des Terrorismus setzen, verkennen den demokratischen Charakter der israelischen Gesellschaft, die ihre Regierung frei wählen kann.

Je grausamer der Terror, desto stärker die Tendenz, Hardliner an die Staatsspitze zu wählen. Es ist daher an der Zeit, dass sich in der palästinensischen Gesellschaft eine starke gewaltfreie Bewegung entwickelt, die mit der Friedensbewegung Israels an einem Strang zieht. Alle Meinungsumfragen bestätigen es: Es gibt in beiden Völkern eine Mehrheit von Bürgern, die Frieden und Versöhnung wünschen.

Die dritte Dynamik, die am Ende zu sein schien, war die einseitige Parteinahme der USA für Israel. Vizepräsident Richard Cheney konnte sich auf seiner kürzlichen Rundreise durch die arabischen Staaten ein Bild davon machen, wie sehr die Haltung Washingtons auf radikale Kritik stößt und den Volkszorn in den arabischen Ländern erregt. Und dass das nötige Bündnis für einen Großangriff auf den Irak auf diese Weise wohl nicht zustande kommen kann.

Einmal mehr scheinen alle Voraussetzungen für ein Ende des Konflikts gegeben. Mit angehaltenem Atem hoffen die Völker in der Region auf ein Wunder. Doch im Dunkeln lauern die Saboteure des Friedens. Mit der groß angelegten Offensive gegen die palästinensische Autonomiebehörde und all ihre Institutionen als Antwort auf ein durch die Hamas verübtes Selbstmordattentat - wobei kein israelischer Angriff gegen die Hamas stattgefunden hatte - hat die Regierung Sharon mit Billigung der US-Amerikaner ihre Wahl getroffen: alle Friedenshoffnungen zu begraben, sein Land und **Palästina** in ein mörderisches Mahlwerk zu stürzen und die ganze Region an den Rand des Krieges zu bringen.

Le Monde diplomatique Nr. 6723 vom 12.4.2002 Seite 1 175 Zeilen
Dokumentation IGNACIO RAMONET

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

◆ [Trefferliste](#)

◆ [Nächster Artikel](#)

LE MONDE diplomatique

Ausgabe
vom
15.3.2002



Die deutschsprachige Ausgabe der französischen
Monatszeitung für internationale Politik

Eine Bilanz der Repression und der Solidarität

Von ISABELLE AVRAN *

* Journalistin

AN einem Berghang nördlich der Altstadt von Jerusalem liegt das palästinensische Flüchtlingslager Schufat in der von Israel annektierten Zone. Hier leben auf engstem Raum dreißigtausend Menschen, Familien, die 1967 aus dem "marokkanischen Viertel" nahe der Klagemauer vertrieben wurden. Vom Lager aus konnten sie beobachten, wie die israelische Besiedlung voranschritt. In den letzten Jahren erlebten sie den Ausbau des Siedlungsgürtels und die Gründung neuer Kolonien auf Land, das man den palästinensischen Bauern weggenommen hat.

Für die Flüchtlinge in Schufat, wo jede moderne Infrastruktur fehlt und das Abwasser durch die Lagergassen fließt, ist es dagegen ein fast aussichtsloses Unterfangen, Baugenehmigungen von den Behörden der Besatzungsmacht zu erhalten. Manchmal werden Häuser um eine Etage aufgestockt, um der jungen Generation Raum zu schaffen. Einige Bewohner riskieren sogar, ohne Erlaubnis zu bauen - was zur Folge haben kann, dass irgendwann eine Abrissverfügung der Armee an der Hauswand klebt. Dann rücken hier - wie überall, wo die Familien sich nicht fügen - die israelischen Planierdrahten an.

Anfang 2002 sah Walid sein Haus im Geiste schon in Trümmern. Doch an jenem Tage kreiste nur ein Militärhubschrauber über dem Lager, die Soldaten mit ihrer Abrissmaschinerie kamen nicht. Im Rahmen der Kampagne "Zivile Missionen zum Schutz des palästinensischen Volkes" waren Freiwillige aus verschiedenen Ländern ins Lager gekommen. Daniel aus Saint-Nazaire, Vertreter der Association France-Palestine Solidarité, fragte gleich zu Anfang: "Wie lange wird der Aufschub dauern?"

Seit Beginn der zweiten Intifada haben an solchen Missionen mehrere tausend Freiwillige aus Italien, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Großbritannien, Frankreich, Kanada, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern teilgenommen - darunter Bauern, Journalisten, Sozialarbeiter, Ärzte, Jugendliche aus den Vorstadtsiedlungen, Künstler, Rechtsanwälte, Gemeinderatsmitglieder, Aktivisten der Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung, Gewerkschafter und Kirchenvertreter.

[Startseite](#)

[Leserbriefe](#)

[Impressum](#)

[Archiv/Suche](#)

[Abonnement](#)

[Anzeigen](#)

[internat. Ausgaben](#)



[Kunst in LMD](#)

eurozine
the netmagazine



Sie alle kamen, um zu beobachten sowie konkrete Solidarität und einen Beitrag zum Schutz der Palästinenser zu leisten. Etwa indem sie Kranke durch Militärsperren ins Hospital bringen oder den Bauern gegen die ständigen Bedrohungen durch die Siedler beistehen und ihnen bei der Olivenernte helfen. Die Freiwilligen nehmen auch an friedlichen palästinensischen - manchmal auch israelisch-palästinensischen - Kundgebungen teil, die das Ende der Besatzung und die Entsendung einer internationalen Schutztruppe fordern.

Nach Angaben des Palästinensischen Rates für Frieden und Gerechtigkeit (PCJP) hatten die Palästinenser von September 2000 bis Januar 2002 949 Tote zu beklagen, darunter 225 Kinder. Unter den 33 349 Verletzten waren 217 Kinder; 2 950 Menschen werden ihr Leben lang behindert bleiben.

Am 18. Oktober 2001, kurz nach der Ermordung des zurückgetretenen israelischen Tourismusministers Rechawam Seewi,(1) besetzten israelische Truppen die autonomen Gebiete von Bethlehem und Beit Dschala samt den umliegenden Flüchtlingslagern. Innerhalb einer Woche wurden fünfzehn Palästinenser getötet, ausnahmslos unbewaffnete Zivilpersonen. Die israelische Menschenrechtsorganisation BTselem, die das Vorgehen scharf verurteilte, sieht darin die "Verletzung eines der grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechts" und kritisiert, dass die Militärs "sich dafür nicht verantworten müssen" - dies komme einer Aufforderung gleich, "völlig straflos die Menschenrechte der Palästinenser zu verletzen".

■ Eine Schutztruppe von freiwilligen Zivilisten

ALLEIN im Januar 2002 verzeichnet die Statistik des PCJP 34 Palästinenser, die von israelischen Soldaten oder Siedlern getötet wurden - darunter 6 Kinder - und 786 Verwundete, davon wiederum 250 Kinder. Innerhalb dieses einen Monats wurden außerdem 357 Personen verhaftet. Laut PCJP wurden im selben Zeitraum 3 621 *dunum*(2) palästinensischer Boden beschlagnahmt, auf weiteren 357 *dunum* wurden Anpflanzungen zerstört; 2 644 Bäume wurden entwurzelt, 423 Häuser zerstört.

Die Bevölkerung muss eine Wirtschaftsblockade und immer wieder die Abriegelung der Autonomiegebiete erdulden; die wachsende Zahl von Straßensperren, die den Waren- und Personenverkehr fast vollständig zum Erliegen bringen, hatte einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge.

Einrichtungen der palästinensischen Infrastruktur werden ständig weiter zerstört, der Alltag ist geprägt von den endlosen Wartezeiten an den Sperren, vom Lärm der Hubschrauber und der F-16-Kampfflugzeuge. "Diese alltägliche Gewalt muss ein Ende haben" sagt eine palästinensische Menschenrechtsaktivistin. "Sie erzeugt Verbitterung, Verzweiflung, Radikalisierung - oder gar die gefährliche Vorstellung, dass der Schrecken für uns ein Ende hätte, wenn die israelische Gesellschaft eine verschärfte Form des Terrors zu spüren bekäme."

Es ist höchste Zeit, die palästinensische Bevölkerung zu schützen, um sie gegen Verletzungen ihrer elementaren Rechte zu verteidigen, aber auch um den für beide Gesellschaften tödlichen Kreislauf von Terror, Anschlägen und Repression zu durchbrechen und endlich zu einer politischen Lösung zu kommen.

Am 14. Dezember 2001 wurde der Antrag Tunesiens, eine internationale Schutztruppe nach **Palästina** zu entsenden, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen abgelehnt. Die USA legten ihr Veto ein, die europäische Haltung war uneinheitlich: Während sich Großbritannien und Norwegen der Stimme enthielten, stimmten Frankreich und Irland für den Vorschlag. Wo die Staaten nicht eingreifen wollten, wurden zivile Gruppen tätig - allerdings macht sich niemand Illusionen über die Möglichkeiten ziviler Freiwilliger, etwas gegen eine Armee auszurichten. "Wir wollen die Staaten dazu bringen, sich ihrer Verantwortung zu stellen", meint Nahla Schahal von der Internationalen zivilen Kampagne für den Schutz des palästinensischen Volkes (CCIPPP).

In **Palästina** werden diese Missionen seit dem Beginn des Aufstands von der kleinen Organisation "Rapprochement" unter der Leitung von Hassan Andoni betreut, die ihren Sitz in Beit Sahur bei Bethlehem hat. Bereits während der ersten Intifada 1987-1993 hatte sich die Ortschaft durch ihren gewaltlosen Widerstand, vor allem in Gestalt eines Steuerstreiks, gegen die Besatzung hervorgetan. An dieser Haltung konnten auch Gegenmaßnahmen wie die Zerstörung von Häusern und Verhaftungen nichts ändern.

Im Lauf des Jahres 2001 kam die Mehrheit der palästinensischen Nichtregierungsorganisationen überein, die Missionen gemeinsam zu fördern und zu betreuen. Am Einsatz der internationalen Freiwilligen schätzten die NGOs nicht nur die unmittelbare und konkrete Wirkung, sondern auch das aktive Durchbrechen der Isolation, in die sich die Palästinenser nicht nur physisch - durch Ausgangssperren und weitere Einschränkungen der Bewegungsfreiheit -, sondern auch moralisch gedrängt sehen. Im Namen der Solidarität wenden sich die Missionen gegen die Vorstellung einer zweigeteilten Welt und gegen die Tendenz der Gemeinschaften, sich aus kulturellen oder religiösen Gründen gegeneinander abzuschotten.

Wenige Tage nachdem Israel am 24. Oktober Beit Rima mit Panzern und Hubschraubern angegriffen hatte, trafen Freiwillige einer zivilen Mission der CCIPPP in der Ortschaft ein. "Das Erste, was wir bei unserem Besuch im ‚Dorf der Märtyrer‘ sahen" erzählt Olivier, Journalist und einer der Teilnehmer, "war eine Hausruine mit rußgeschwärzten Mauern; überall lagen Glassplitter und verkohlte Stoffreste. Der Eigentümer meinte, er habe Glück gehabt - die Familie war nicht zu Hause, als die israelischen Soldaten einen Brandsatz durch ein Fenster warfen."

Olivier berichtet auch vom Zusammentreffen mit den Einwohnern von al-Mauassi im Gaza-Streifen, die nun in Zelten leben müssen, nachdem ihre Häuser zerstört wurden, und von der Lage der Bevölkerung in Hebron, die nicht nur seit vielen Monaten mit einer nahezu permanenten Ausgangssperre

lebt, sondern auch die Übergriffe fanatischer jüdischer Siedler in der Altstadt hinnehmen muss.

Eine Gruppe von Freiwilligen aus der Gegend von Rennes besuchte am 29. Oktober 2001 das Flüchtlingslager Aida. "Die Brunnen zerstört, Einschusslöcher an fast jedem Haus, die Mädchenschule der UNRWA(3) in traurigem Zustand." Die Teilnehmer haben mit Familien gesprochen, die Opfer zu beklagen hatten - den Vater, die Mutter ... Und sie haben beschlossen, in Flüchtlingslagern oder Dörfern gemeinsam mit den Palästinensern zu arbeiten: "Wir wollen die Solidarität festigen und den Palästinensern im Alltag beistehen", erklärt ein Teilnehmer. "Dass trotz aller Gefahren die Ernte eingebracht wird, Bäume auf beschlagnahmtem Land gepflanzt werden, dafür interessieren sich die Medien natürlich nicht so sehr wie für die Auseinandersetzungen mit der Armee. Aber diese alltägliche Entschlossenheit ist nötig, um zu bleiben, um an dem Land festzuhalten."

Als besonders ausdauernd bei diesen Einsätzen haben sich unter den Freiwilligen die Schafzüchter aus Millau und die Bauern aus der Bretagne erwiesen. Dominique und Samira erinnern sich an ihren Aufenthalt in Deir Istia; "Man musste die Felder vorbereiten, umgraben, Steine entfernen, dann die Pflanzen setzen und die Erde festklopfen - nicht zu stark, um die Wurzelbildung nicht zu behindern. Um die jungen Pflanzen wurde ein Geflecht von dornigen Zweigen angelegt, zum Schutz gegen die Gazellen, aber auch um sie vor den Blicken der Siedler zu verbergen [...]. In der Nachbarschaft gibt es sieben Siedlungen, die auf enteignetem Land erbaut worden sind, von dreien hat man einen direkten Blick auf diese Felder."

Dass sie sich wiederholt an verschiedenen Checkpoints der Armee zeigten, hat den Freiwilligen die Aufmerksamkeit der lokalen Presse eingebracht und auch die Palästinenser ermutigt - denen ist allerdings klar, dass sie nach der Abreise der "Internationalisten" wieder auf sich gestellt sein werden. Die israelische Armee war über solche Aktionen offenbar verärgert und ging einige Male gewaltsam gegen die Freiwilligen vor, die gelegentlich auch als "Terrortouristen" bezeichnet wurden.

In Europa nimmt die Zahl der Teilnehmer an solchen Missionen zu - ein Zeichen dafür, dass die Öffentlichkeit aufmerksam geworden ist. Dazu hat in Frankreich vor allem die CCIPPP beigetragen, die im Juni 2001 erstmals eine Gruppe bekannter Persönlichkeiten, vor allem aus sozialen Bewegungen und Anti-Globalisierungs-Organisationen,(4) entsandte. Der Bauerngewerkschaftler José Bové sprach bei dieser Gelegenheit von der "Internationalen Solidarität der Landlosen".

Nahla Schahal von der CCIPPP ist überzeugt, dass die Begegnung von Aktivisten aus arabischen Ländern mit den Kindern arabischer Emigranten, die Diskussionen über den politischen Rahmen der Missionen und der Austausch zwischen Franzosen arabischer und jüdischer Herkunft auch in den Vorstadtsiedlungen der französischen Städte positive Auswirkungen haben werden. Schließlich haben sich schon viele *beurs*, also Kinder der Einwanderer

aus Nordafrika, für die Solidaritätseinsätze in **Palästina** gemeldet. Bei diesen sind übrigens die Frauen gegenüber den Männern in großer Überzahl.

dt. Edgar Peinelt

Fußnoten:

- (1) Die Volksfront für die Befreiung Palästinas [PFLP] bekannte sich zu der Tat - als "Vergeltungsakt" für einen zwei Monate zuvor erfolgten Anschlag, dem ihr Führer Abu Ali Mustafa zum Opfer gefallen war.
- (2) Zehn *dunum* entsprechen etwa einem Hektar.
- (3) United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, das UN-Flüchtlingshilfswerk für die Palästinenser.
- (4) Confédération paysanne (José Bové), Syndicat de la magistrature, Droits Devant!, Droit au Logement (DaL). Collectif des citoyens français d'origine arabe.

Le Monde diplomatique Nr. 6701 vom 15.3.2002 Seite 20-21 301 Zeilen
Dokumentation ISABELLE AVRAN

© Contrapress media GmbH
Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

◆ [Trefferliste](#)

◆ [Voriger Artikel](#) ◆ [Nächster Artikel](#)

LE MONDE diplomatique

Ausgabe
vom
15.2.2002



Die deutschsprachige Ausgabe der französischen
Monatszeitung für internationale Politik

DER GIPFEL VON CAMP DAVID UND WAS DIE KONFLIKTPARTEIEN LERNEN
KÖNNEN

Beide Völker können sich ihre Nachbarn nicht aussuchen

EINEINHALB Jahre nach dem Gipfel von Camp David im Juli 2000 stellen auch israelische Stimmen in Frage, was seither immer wieder behauptet wurde. Weder lässt sich der Vorwurf aufrechterhalten, Jassir Arafat habe die "großzügigen Vorschläge" von Ehud Barak zurückgewiesen, noch ist Arafat aus der Logik der Oslo-Verträge ausgebrochen. Arafat bleibt unentbehrlich, wenn Israel überhaupt noch einen Friedensprozess will, argumentiert Jossi Beilin, ehemals Justizminister in der Regierung Barak. Doch um Arafats Autorität zu retten, muss es einen Palästinenserstaat geben. Damit widerspricht Beilin der Regierung Scharon, die Arafat mit ihrer Belagerungspolitik politisch erdrosseln will.

Von JOSSI BEILIN *

* Ehemaliger israelischer Justizminister, gehörte zu den Vertretern Israels bei den Geheimverhandlungen in Oslo. Abgeordneter im israelischen Parlament. Autor zahlreicher Bücher, zuletzt erschien "Das Tagebuch einer verwundeten Taube" (auf Hebräisch), Tel Aviv (Yedioth Ahronoth Books) 2001.

Seit dem Beginn der zweiten Intifada im September 2000 sind einige neue Fragen laut geworden: Gibt es für Israel noch einen Partner im Friedensprozess? War die Entscheidung richtig, 1993 die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) anzuerkennen? Und war es richtig, 1994 der Einsetzung Jassir Arafats als Chef einer Palästinensischen Nationalbehörde in den besetzten Gebieten zuzustimmen und ihm die Befehlsgewalt über zehntausende von Polizeikräften zu überlassen?

Für viele lautet die Antwort eindeutig: Nein. Diese Stimmen kommen natürlich aus dem Lager der politischen Rechten, die nie an den Oslo-Prozess geglaubt hat, aber durchaus auch von der Linken. Dort ist der wichtigste Vertreter dieser Haltung der frühere Ministerpräsident Ehud Barak, der den Palästinensern die Schuld an seiner vernichtenden Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 2000 gibt. Barak hat sich ernsthaft um den Ausgleich mit Syrien und den Palästinensern bemüht und wollte im Falle seines Wahlsiegs die Gespräche mit Arafat wieder aufnehmen und den Dialog fortsetzen, der beim Camp-David-

[Startseite](#)

[Leserbriefe](#)

[Impressum](#)

[Archiv/Suche](#)

[Abonnement](#)

[Anzeigen](#)

[internat. Ausgaben](#)



[Kunst in LMD](#)

eurozine
the netmagazine



Gipfel begonnen hatte und im Dezember 2000 auf der Grundlage der Vorschläge von US-Präsident Clinton sowie im Januar 2001 bei den Verhandlungen in Taba fortgeführt worden war. Aber auch Barak kam zu dem Schluss, dass der Präsident der Autonomiebehörde kein Friedenspartner mehr sei. Dieser Sinneswandel verdankt sich nicht dem Ausbruch der neuen Intifada und auch nicht den anhaltenden Schwierigkeiten bei den politischen Gesprächen, sondern allein Baraks schwerer Wahlniederlage im Februar 2001.

So ist Barak nun zum Kronzeugen der Rechten geworden - und zum Hauptproblem für das Lager der Friedensbefürworter. Er hatte maßgeblichen Anteil an der unseligen Entscheidung der Arbeitspartei, sich an der Koalitionsregierung von Ariel Scharon zu beteiligen. Und er hat den neuen Ministerpräsidenten sogar noch rechts überholt, als er ihn dafür kritisierte, seinen Sohn und Außenminister Peres zu Arafat entsandt zu haben. Denn für Barak ist Arafat eben kein Friedenspartner mehr; man darf mit ihm also keinerlei Kontakte pflegen.

Die Regierung Scharon bezog die Position, Arafat nicht mehr als Gesprächspartner zu akzeptieren und der Autonomiebehörde die Unterstützung des Terrorismus zu unterstellen, und setzte daraufhin Arafat in Ramallah fest, das er nicht einmal verlassen durfte, um an den Weihnachtsfeierlichkeiten in Bethlehem teilzunehmen. Man geht davon aus, dass Arafat letztlich keinen Friedensvertrag mit Israel anstrebt. Und dass man deshalb wohl besser abwarten sollte, bis sich ein neuer Gesprächspartner im palästinensischen Lager findet, wobei man womöglich auch ein wenig nachhelfen könnte.

Spätestens nach dem 11. September waren einige ausländische Regierungsvertreter, insbesondere in den USA, nur zu gern bereit, diese Haltung zu unterstützen. Auch sie hielten Arafats Regime für korrumpiert und in Gewalt und Terror verstrickt und befanden, Israel solle den "realistischen" Schluss ziehen, dass mit Arafat nun einmal kein Frieden zu machen sei und man sich einen anderen Verhandlungspartner suchen müsse.

Es wäre allerdings ein schlimmer Fehler, wenn Israel bei dieser Haltung bliebe. Arafat als Verhandlungspartner abzuschreiben könnte das Land in eine Katastrophe stürzen: Es gäbe für lange Zeit keine Hoffnung mehr auf Frieden und Normalisierung des Alltags, die innere Sicherheit wäre stärker gefährdet denn je, und überdies würden sich die wirtschaftlichen Probleme verschärfen, die sich Israel durch die politische Krise eingehandelt hat. 26 Jahre hat man gebraucht, um einen Friedenspartner zu finden, der in der Lage war, im Westjordanland und im Gaza-Streifen als Ordnungsmacht aufzutreten. Deshalb sollte man diesen Partner nun nicht leichtfertig aufgeben.

In einem Friedensvertrag hätte eigentlich Jordanien, nachdem es den Krieg von 1967 geführt und verloren hatte, seine westliche Hälfte Cisjordanien zurückerhalten müssen. Mehrere israelische Regierungen, unter Levi Eschkol, Golda Meir und Jitzhak Rabin, boten König Hussein ein Abkommen an, das die Rückgabe von 70 Prozent des Westjordanlands beinhaltete. Aber der "kleine König" forderte den vollständigen Rückzug der israelischen Streitkräfte

aus diesem Gebiet. Mehr als zwanzig Jahre später, am 31. Juli 1988, hielt er dann seine historische Rede, in der er alle Ansprüche auf das Westjordanland aufgab und die Gründung eines Palästinenserstaats propagierte.

Während der Verhandlungen, die 1978 und 1979 über die Zukunft der Sinai-Halbinsel geführt wurden, wies Ägypten das großzügige Angebot des israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin zurück, den Gaza-Streifen zurückzugeben. Staatspräsident Anwar al-Sadat erklärte damals, er wolle das Gebiet den Palästinensern überlassen.

Auch mit anderen Gesprächspartnern hat es Israel versucht: Ende der Sechziger- und Anfang der Siebzigerjahre hoffte man noch darauf, dass palästinensische Führungspersonlichkeiten im Westjordanland den Anspruch erheben würden, für die Nation **Palästina** zu sprechen. Doch diese Männer, wie zum Beispiel Scheich Dschaabri, der Bürgermeister von Hebron, waren dazu nicht bereit. Anfang der Achtzigerjahre verfolgte der damalige Verteidigungsminister Ariel Scharon den Plan, in den arabischen Dörfern eine proisraelische palästinensische Organisation aufzubauen. Doch diese "Liga der Dörfer" unter der Führung von Mustafa Dudin erwies sich als hoffnungsloses Unterfangen: Keine ernst zu nehmende politische Fraktion war bereit, die Organisation als Vertretung der Palästinenser anzuerkennen. Die Bemühungen verliefen rasch im Sande.

Während der Vorbereitungen zur Konferenz von Madrid (1991) legte die Regierung Schamir Wert darauf, dass die Bewohner des Westjordanlands und des Gaza-Streifens nur in einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation unter Leitung eines Jordaniers repräsentiert waren. Allerdings konnte niemandem verborgen bleiben, dass diese Palästinenser in engem Kontakt zur PLO-Führung in Tunis standen und ihre Anweisungen von Jassir Arafat erhielten. Mit anderen Worten: Die Einwohner der besetzten Gebiete wollten nicht als Vertreter des palästinensischen Volkes auftreten.

Erst als wir im Januar 1993 die Geheimverhandlungen in Oslo aufnahmen, trafen wir endlich auf anerkannte Vertreter der palästinensischen Seite, die bereit waren, Verantwortung für das Westjordanland und den Gaza-Streifen zu übernehmen und dort in Koexistenz mit Israel den Staat des palästinensischen Volkes zu begründen. Im Rahmen des Oslo-Prozesses war es ein bedeutender Erfolg, ein "Gegenüber" gefunden zu haben, einen Verhandlungspartner, der die Legitimation der Palästinenser besaß und in dieser Rolle einen Vertrag unterschrieb, der auf das Ende eines Konflikts hoffen ließ, von dem der ganze Nahen Osten betroffen war.

In den vergangenen neun Jahren haben beide Seiten schwerwiegende Fehler gemacht, in dieser Hinsicht ist keiner ohne Schuld. Und beide Seiten hielten sich nicht vollständig an das Friedensabkommen von Oslo. Arafat hat die zweite Intifada nicht verhindert, Israels Reaktion war überzogen - nun macht sich das Gefühl breit, in eine Sackgasse geraten zu sein. Auf dem Weg zu einer palästinensischen Staatsmacht bedeutet die Autonomiebehörde nur einen ersten Schritt, eine wichtige und interessante Etappe. Man muss jedoch ihre

Schwierigkeiten und schweren Fehlentscheidungen nüchtern analysieren. Vor allem ihre engen Beziehungen zu Organisationen, die zu den Mitteln der Gewalt greifen, bleiben ein Problem und sind Wasser auf die Mühlen jener israelischen Kreise, die neue Gesprächspartner zu suchen empfehlen. Dennoch wäre es eine gefährliche und unverantwortliche Entscheidung, sich auf diesen Weg zu begeben.

Von 1974 bis zu den Oslo-Verträgen hat Jassir Arafat eine Reihe weitreichender Grundsatzentscheidungen getroffen. Sein Beschluss, den Staat Israel anzuerkennen, eröffnete Israel 1994 die Möglichkeit, einen Friedensvertrag mit Jordanien zu unterzeichnen sowie anschließend wirtschaftliche und politische Beziehungen mit den meisten Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga aufzunehmen, Vertretungen am Golf und in Nordafrika einzurichten, weltweit seine diplomatischen Kontakte zu verbessern und seine Wirtschaft zu konsolidieren. Dass Arafat als Gegenleistung lediglich eine Art Bürgermeisteramt in Gaza oder Ramallah erhält und Israel ständig um eine Reiseerlaubnis ersuchen muss, mutet geradezu absurd an. Damit kann sich Arafat nicht zufrieden geben. Was der Palästinenserführer will, ist klar: eine dauerhafte Friedensregelung mit Israel, die ihn zum Präsidenten eines Staates Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem macht.

Natürlich ist Arafat eine problematische Führerfigur. Bei seiner Vergangenheit kann man nicht erwarten, dass er sich plötzlich wie Gandhi oder der Dalai Lama aufführt. Aber auch Ariel Scharon hat ja wenig mit Mutter Teresa gemein. Zu glauben, man könne beide einfach vergessen und auf die nächste Generation politischer Führer warten, wäre naiv: Ganz abgesehen davon, dass damit der Status quo abgelöst würde von einer Spirale der Gewalt, der Verzweiflung und Verarmung. In ein paar Jahren wird der Iran über Atomwaffen verfügen, und ein neuer Nahostkrieg könnte den Vorwand bieten, sie einzusetzen. In ein paar Jahren wird die Mehrheit aller Palästinenser westlich des Jordans leben, und wenn Israel bis dahin keine unumstrittene Grenze zu einem Palästinenserstaat hat, kann es sich auf noch schwierigere Zeiten einrichten.

Die Verhandlungen nicht abreißen zu lassen ist für beide Seiten lebenswichtig. Im Grunde sind beide Völker bereit, Frieden zu schließen und dafür einen Preis zu zahlen. Und sie können sich den Nachbarn und dessen politische Führung nun einmal nicht aussuchen. Was wäre, wenn Arafat von einem islamistischen Führer abgelöst würde, der zu Verhandlungen mit Israel nicht bereit ist? Oder von einem gemäßigten, der aber im eigenen Lager nicht über die Autorität verfügt, ein historisches Abkommen zu schließen und die dabei notwendigen Konzessionen zu vertreten? Nüchtern betrachtet bleibt beiden Seiten also nach wie vor nur eine Chance: so schnell wie möglich zu einem Friedensvertrag zu gelangen.

dt. Edgar Peinelt

Le Monde diplomatique Nr. 6677 vom 15.2.2002 Seite 12-13 277 Zeilen
Dokumentation JOSSI BEILIN

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

◆ [Trefferliste](#)

◆ [Voriger Artikel](#) ◆ [Nächster Artikel](#)

LE MONDE diplomatique

Ausgabe
vom
11.1.2002



Die deutschsprachige Ausgabe der französischen
Monatszeitung für internationale Politik

DEMOKRATIE - DEMOGRAFIE

Palästinenserstaat für Israel

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat in ihrer außerordentlichen Sitzung am 20. Dezember ihre Unterstützung der palästinensischen Autonomiebehörde und ihre Verurteilung der israelischen Siedlungspolitik bekräftigt. Damit sollte die Unzufriedenheit mit dem Verhalten der USA dokumentiert werden, die kürzlich im Sicherheitsrat per Veto die Forderung verhindert hatten, den Palästinensern internationalen Schutz zu gewährleisten. Einmal mehr zeigte sich die aktuelle Ohnmacht der UNO wie auch des internationalen Rechts. Scharon verkündete nach seinem Amtsantritt, der Unabhängigkeitskrieg von 1948 sei noch nicht zu Ende. Seine Politik, die auf die Zerstörung der Autonomiebehörde hinarbeitet, richtet sich jedoch gegen die Interessen seines eigenen Volks. Bestenfalls verstärkt sie die Isolierung Israels von seinen Nachbarn; schlimmstenfalls treibt das Land auf einen Krieg zu, in dem es keine Sieger geben dürfte.

Von DOMINIQUE VIDAL

ICH will nicht behaupten, dass es keinerlei Abkommen mit den arabischen Palästinensern geben kann, unmöglich ist nur ein frei vereinbartes Abkommen. Doch solange es in ihren Köpfen auch nur den kleinsten Hoffnungsschimmer gibt, uns eines Tages loszuwerden, wird kein gutes Wort und kein noch so attraktives Versprechen sie zur Aufgabe dieser Hoffnung bringen; denn sie sind kein nichtswürdiger Pöbel, sondern eine lebendige Nation. Eine lebendige Nation jedoch ist hinsichtlich lebenswichtiger Fragen nur dann zu Konzessionen bereit, wenn sie alle Hoffnung verloren hat, ‚uns loswerden‘ zu können, und wenn jegliche Öffnung in der ‚eisernen Mauer‘ abgedichtet ist."

Zeev (Wladimir) Jabotinsky, der Begründer der "revisionistischen" Bewegung innerhalb des Zionismus, schrieb diese Zeilen 1923 in dem Aufsatz "Die eiserne Mauer (die Araber und wir)". Zehn Jahre später trennte er sich von der WZO (Zionistische Weltorganisation); sein Vorwurf lautete damals, die Zionisten hätten ihren Kampf für die Errichtung eines jüdischen Staates beiderseits des Jordan aufgegeben und täten nichts für den Aufbau einer jüdischen Armee, die dieses Ziel durchsetzen könnte. Die heutige Likud-Partei stammt - über Irgun, Lehi und Herut - aus der revisionistischen Bewegung, und Ariel Scharon ist - nach Menachem Begin und Jitzhak Schamir - ein Nachfolger Jabotinskys, auch wenn er parteipolitisch aus der Arbeitspartei (Mapai) kommt.

[Startseite](#)

[Leserbriefe](#)

[Impressum](#)

[Archiv/Suche](#)

[Abonnement](#)

[Anzeigen](#)

[internat. Ausgaben](#)



[Kunst in LMD](#)

eurozine
the netmagazine



Aber die "eiserne Mauer" spukt nicht nur in den Köpfen jener, die Mussolini einst als "Faschisten" anerkannte(1), sie war vielmehr grundlegend für das zionistische Projekt: zunächst des Jischuw (der jüdischen Gemeinschaft in **Palästina**), dann des israelischen Staates. Ihren ersten großen Rückschlag erlitt diese Doktrin 1982, als die maßgeblich von Scharon initiierte Invasion in Libanon in eine Katastrophe führte. Nicht nur weil Arafat und seine Fedajin damals unter dem Schutz einer multinationalen Streitkraft entkommen konnten, sondern auch weil es Scharon nicht gelang, in Libanon die von ihm erträumte proisraelische Regierung zu installieren. Drei Jahre später zog sich die israelische Armee auf die "Sicherheits"-Zone zurück.

Dann folgte der zweite Rückschlag: Zwischen Dezember 1987 und 1991 kämpfte die palästinensische Intifada, deren Unterdrückung das internationale Ansehen Israels schwächte. David wurde zu Goliath. Zwar erlangte Israel im Golfkrieg seinen Opferstatus zurück, doch die irakischen Scud-Raketen machten deutlich, dass die Besetzung palästinensischen Territoriums im Zeitalter der Marschflugkörper keine Sicherheit mehr garantiert.

Rabin zog die Konsequenz aus diesen - die "eiserne Mauer" schwächenden - Ereignissen, als er zunächst offiziell in Madrid, später geheim in Oslo verhandelte. Die israelisch-palästinensische Erklärung über die Grundlagen der Autonomie vom 13. September 1993 markierte, so beschränkt sie auch war, einen historischen Wendepunkt; sie beinhaltete gleichzeitig die gegenseitige Anerkennung beider kriegführenden Parteien, den schrittweisen Rückzug Israels aus den seit 1967 besetzten Gebieten, die Errichtung einer gewählten palästinensischen staatlichen Vertretung sowie die Aushandlung eines endgültigen Status. Zwischen den Zeilen wurde ein palästinensischer Staat in Aussicht gestellt. 1995 ging es Schritt für Schritt weiter: Die größeren Städte wurden befreit, Präsident Arafat sowie eine Verfassunggebende Versammlung wurden gewählt, die Oslo-I-Verträge wurden abgeschlossen, aufgrund deren die Autonomiebehörde entstand, und Ende Oktober wurde Oslo II unterzeichnet.

Am 4. November 1995 bezahlte Rabin diese kühnen Schritte mit seinem Leben. Über Monate hatten Scharon und seine Freunde eine Hetzkampagne gegen ihn betrieben, wobei man Rabin sogar in SS-Uniform abgebildet hatte.(2) Am 29. Mai 1996 kam die rechte Koalition erneut an die Macht: Netanjahu konnte - eine Attentatswelle der Hamas ausnutzend - die Stimmen aus der Mitte zu sich herüberziehen, und mit der Operation "Früchte des Zorns" die arabischen Israelis von der Arbeitspartei entfremden. Das sicherte ihm den Sieg über Peres. Zwar hasste Scharon den jungen Konkurrenten von ganzem Herzen, unterstützte aber dennoch dessen Politik. Netanjahu konnte die Umsetzung der Verträge zwar blockieren, sie aber nicht völlig rückgängig machen. Drei Jahre später wurde er vom Kandidaten der Arbeitspartei, Ehud Barak, haushoch geschlagen.

■ Scharon löst die zweite Intifada aus

DAS beunruhigte Scharon, der erneut zum Likud-Vorsitzenden gewählt worden war, denn der neue Ministerpräsident war im Interesse eines umfassenden Friedens zu Kompromissen bereit. Obwohl seine Verhandlungen mit Syrien scheiterten, zog er sich im Mai 2000 einseitig aus dem Libanon zurück. Zwar trieb er in zuvor unbekannt Dimensionen den Bau und Ausbau der Siedlungen voran, aber zugleich verhandelte er mit der Autonomiebehörde über einen endgültigen Status der Gebiete. Trotz des gescheiterten Camp-David-Gipfels im Juli 2000 konnten die Oslo-Gegner sich nicht beruhigt zurücklehnen: Barak und Arafat verhandelten weiter hinter den Kulissen, und die Rechte befürchtete neue israelische Konzessionen.

Als Scharon am 28. September 2000 unter dem Schutz von hunderten Soldaten und Polizisten provokativ den Tempelberg aufsuchte, schlug er drei Fliegen mit einer Klappe: Er löste die "zweite Intifada" aus, sabotierte die Wiederaufnahme von Verhandlungen und lancierte (Netanjahu überflügelnd) seine Wahlkampagne. Die Rechnung ging auf. Barak besiegelte seine eigene Niederlage, da er sich nicht genug Zeit gelassen hatte, um die Übereinkünfte vom Januar 2001 in Taba auszufeilen und sie seinen Wählern zu "verkaufen".

Scharon, der neue Ministerpräsident, hatte aus Beirut gelernt: Auf keinen Fall darf die internationale Gemeinschaft den Chef der PLO noch einmal retten. Und aus der Niederlage Netanjahus folgte für ihn: Man darf das, was gemeinhin als Friedensprozess bezeichnet wird, nicht einfach nur bremsen, man muss es vielmehr zerstören. Aber die Mehrheit der israelischen Wähler würden einen frontalen Angriff nicht befürworten und schon gar nicht die westlichen Regierungen. Also musste der Angriff wie ein Gegenangriff aussehen. Nach seinem Regierungsantritt begann Scharon, die Palästinenser Tag für Tag zu provozieren, bis sie einen terroristischen Anschlag unternahmen, der dann - medial inszeniert - den Staatsterrorismus auslöste.

Dabei ging der Ministerpräsident äußerst planmäßig vor. "Scharon hat seine Falle sorgsam präpariert", erläutert der israelische Journalist Ariel Fishman; den entsprechenden Plan habe, "noch vor seiner Wahl", der Reservegeneral Meir Dagan für ihn verfasst. Seine Prämissen: Arafat sei "ein Mörder", mit dem "man nicht verhandelt", und das Abkommen von Oslo sei für Israel "das größte Übel", weshalb "alles getan werden müsse, um es zu zerstören". Daraus habe sich das Ziel ergeben, den Chef der Autonomiebehörde im Innern wie nach außen konsequent zu isolieren. Nach Beendigung der Intifada, so Dagan, werde Israel "mit einzelnen palästinensischen Führern in den verschiedenen Gebieten verhandeln" - ja sogar mit Vertretern der palästinensischen Sicherheitsorgane, der Geheimpolizei und des militanten Fatah-Flügels. Die Schlussfolgerung des Journalisten lautet: "Jetzt, da Scharon seine Beute hat, wird er sie sich so leicht nicht abjagen lassen."(3)

Die Zeit seit dem 11. September 2001 lässt sich in drei Phasen unterteilen: Zunächst attackierte Scharon, vom Einverständnis Präsident Bushs ausgehend, die Autonomiebehörde. Doch er hatte sich geirrt, musste seine Truppen aus den palästinensischen Städten zurückziehen, ein Treffen zwischen Peres und Arafat bewilligen und - nachdem er den USA ein zweites München vorgeworfen hatte

- den neuen Plan Washingtons schlucken, der einen unabhängigen Palästinenserstaat vorsah.

Die zweite Phase begann mit der Ermordung des Tourismusministers Rechavam Seevi durch die PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas), deren Führer im August "exekutiert" worden war. Die israelische Armee hatte damit einen Vorwand, zur "Vergeltung" erneut in palästinensische Städte einzurücken. Diesmal verhinderte der Druck aus Washington nicht, dass israelische Soldaten fünf Wochen lang Terror ausübten. Die dritte Phase begann mit dem Mord an Abu Hanud, einem führenden Hamas-Vertreter in Westjordanland. Die Anstifter waren sich darüber im Klaren, dass die islamistische Bewegung mit einer spektakulären Aktion reagieren würde. Damit lieferte sie den Vorwand für einen umfassenden Krieg gegen die palästinensische Autonomiebehörde, diesmal mit Unterstützung der Bush-Regierung. Arafat wurde aufgefordert, die Hamas zu unterdrücken, zugleich jedoch sowohl materiell (Behinderung der Sicherheitskräfte) als auch politisch (Versagung jeder Verhandlungsperspektive) an dieser Aufgabe gehindert. Scharon hat es ganz offen darauf abgesehen, drei Millionen Palästinenser zu drangsalieren und Arafat zu marginalisieren oder gar auszuschalten.

"An seine Stelle wird dann die Hamas, der Dschihad oder die Hisbollah treten"(4), warnte Peres, worauf Innenminister Usi Landau nur erwiderte: "Lieber eine ungeschminkte Hamas, als eine geschminkte Autonomiebehörde."(5) Schon fragt man sich in Israel: Wer kommt nach "dem Alten"? Die "alte Garde", eine "neue Garde", oder einer der regionalen Sicherheitschefs? Egal. Hauptsache ist, Scharon hat keinen Gesprächspartner, der im eigenen Lande wie im globalen Maßstab Anerkennung genießt. Dann muss er nicht verhandeln. Ob er selbst die Territorien besetzt hält oder kollaborierende "Statthalter" über 40 Prozent des Territoriums gebieten lässt, ist unwichtig. Auch Usi Landau sagt nichts anderes: "Über Friedenspläne reden wir später. Sicher ist nur, dass wir nie einen palästinensischen Staat akzeptieren werden. Das wäre eine Katastrophe."(6)

Doch womöglich ist gerade das Gegenteil die eigentliche Katastrophe. Denn mit der zweiten Intifada und ihrer brutalen Unterdrückung hat der Konflikt einen Punkt erreicht, an dem er seit 1948 nicht mehr gewesen war. Der Historiker Tom Segev drückt es so aus: "Man hat das Gefühl, in die Mandatszeit zurückversetzt zu sein, in die Zeit vor der Staatsgründung, als sich jüdische und arabische Palästinenser bewaffnet bekämpften."(7) Tatsächlich hat es niemals in den letzten fünfzig Jahren so viele barbarische Akte gegeben: die Ermordung palästinensischer Kinder, antiarabische Pogrome, Lynchjustiz an zwei israelischen Soldaten, Brandstiftung in Moscheen, Zerstörung des Josefsgrabs, Bombardierungen mit F-16-Bombern und Kampfhubschraubern, Selbstmordattentate. Es ist, als habe sich, was als Befreiungskampf eines besetzten Volkes begann, in einen ethnoreligiösen Kampf auf Leben und Tod verwandelt.

Diese 15 Monate des Grauens lassen ahnen, wozu sich die Schlacht um Palästina entwickeln könnte: zu einem - mal verdeckten, mal allgemeinen -

Bürgerkrieg zwischen zwei miteinander verzahnten Völkern. In den auch die arabischen Israelis eingreifen könnten, denn deren Solidarität mit ihren Brüdern jenseits der "grünen Linie" dürfte sich in Zukunft gewalttätiger artikulieren, womit sich für Israel eine zweite Front eröffnen würde. Was kann man angesichts einer solchen Gemengelage mit Atombomben, Marschflugkörpern und Panzern ausrichten? Entscheidender für den Sieg dürfte eine andere Dimension sein, nämlich die demografische. Die zionistische Bewegung ist sich dessen klar bewusst, ihr Kampf bezog sich schließlich von Anfang an auf den Boden und die Einwanderung - mit dem Ziel einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit. Auch wenn man heute in dem "Groß-Israel", das dem Likud-Chef so sehr am Herzen liegt, 5,1 Millionen Juden zählt und nur 4,1 Millionen Palästinenser, werden Letztere 2010 bereits die demografische Mehrheit stellen. Und im Jahr 2020 werden 6,7 Millionen Juden 8,1 Millionen Palästinenser gegenüberstehen.(8)

■ Zwei Konzepte gegen die demografische Zeitbombe

FÜR Israel gibt es gegen diese bedrohliche Entwicklung nur zwei Waffen: eine massive jüdische Immigration und/oder eine nicht minder massive Vertreibung der Palästinenser. Die erste Lösung ist nicht sehr wahrscheinlich, es sei denn, es käme in nächster Zeit in der westlichen Welt zu massiven Ausbrüchen von Antisemitismus. Die zweite Lösung, die unter dem Begriff "Transfer" in den Köpfen mancher rechter Israelis herumspukt, dürfte sich kaum gewaltlos bewerkstelligen lassen. Sie setzt eine extreme Zuspitzung des Konflikts voraus, einen Aufruhr, der die gesamte Region erfasst. Doch welches arabische Land und welche Regierung wäre wahnsinnig genug, sich in eine solche Konfrontation hineinzubegeben?

Da die Gründung eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates bislang nicht erfolgt ist, steht der sich als jüdisch und demokratisch definierende Staat Israel vor einem immensen Widerspruch: Entweder er optiert für die Demokratie, was bedeutet, dass alle Einwohner des Landes wahlberechtigt wären - dann aber wäre er kein jüdischer Staat mehr. Oder er bleibt jüdisch - dann aber wäre er kein demokratischer Staat. Von dem Ausmaß der Unterdrückung, das eine solche Apartheid für die ständig wachsende arabische Bevölkerungsmehrheit bedeuten würde, und den daraus resultierenden Aufständen haben wir bislang nur einen Vorgeschmack bekommen. Man ahnt, dass letztlich sogar die Existenz Israels gefährdet werden könnte.

Besitzt der Taktiker Sharon eine Strategie, um ein derartiges Szenario zu verhindern? Im Gegenteil: Indem er mit aller Kraft die Entstehung des palästinensischen Staates bekämpft, der doch die Existenz Israels und seine Selbstdefinition als jüdischer Staat garantieren würde, lässt er den Zeitpunkt immer näher rücken. Zumal innerhalb des letzten Jahres die nach Oslo geknüpften wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen Israels mit Marokko, Tunesien, Katar und Oman abgebrochen sind. Dasselbe gilt für die ersten Kontakte zu Algerien und den Vereinten Arabischen Emiraten. Intakt geblieben sind nur die Verträge mit Ägypten und Jordanien, deren Botschafter

allerdings Tel Aviv schon vor einiger Zeit verlassen haben.

Die Politik Scharons gefährdet nicht nur die Zukunft des Landes, sondern hat bereits heute für die Bürger schwerwiegende Folgen. Thema Sicherheit: Im Frühjahr 2001 war nur einer von fünf Toten ein Israeli, in den ersten beiden Dezemberwochen war bereits jedes zweite Opfer ein Israeli.

Wirtschaftswachstum: Zu Beginn der 90er-Jahre lag es bei 6 Prozent, 2000 ist es auf 4,7 Prozent, 2001 auf 2,7 Prozent gesunken, für 2002 wird mit einem Rückgang auf 1,7 Prozent gerechnet. Auslandsinvestitionen: Sie sanken zwischen Januar und September 2001 im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum um 70 Prozent. Touristenzahlen: Hier gibt es einen Rückgang um 65 Prozent, was jeden vierten Arbeitsplatz der Branche betrifft. Arbeitslosigkeit: Die dürfte 2002 auf eine Rate von 10 Prozent der aktiven Bevölkerung steigen (von 6,7 Prozent für 1996). Armut: 1999 lebten 300 000 Familien unterhalb der Armutsgrenze, deutlich mehr als 18 Prozent der Bevölkerung.

Wie reagiert die öffentliche Meinung in Israel? Derzeit hat Scharon die Unterstützung der großen Mehrheit der Israelis, denn die Attentate bestärken das Gefühl, dass der Staat in Gefahr sei. Doch nicht wenige derer, die im Moment noch nach Rache rufen, wünschen gleichzeitig, dass die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.(9)

Dabei geht es um die Zukunft der israelischen Gesellschaft insgesamt. Es gibt keinen Grund, anzunehmen, das ultranationalistische Fieber könnte die Hoffnungen auf Normalisierung verbrennen. Die Israelis sehnen sich stärker nach friedlichem Konsum als nach einem Krieg, der nur um der Siedler willen geführt würde. Ebenso unreal ist die Vorstellung, in Zeiten der Globalisierung könnte der Kampf gegen die Araber als Kitt für das gesellschaftliche "Mosaik" taugen, das Abbild einer Serie von globalisierungsbedingten Immigrationwellen ist - und das Risse zwischen Juden und Arabern, Laizisten und Religiösen, Aschkenasim und Sephardim aufweist, die keine gemeinsamen Ideale haben. Innerer und äußerer Frieden bedingen sich gegenseitig.

Scharon tönte unmittelbar nach seiner Wahl, der Unabhängigkeitskrieg von 1948 sei noch nicht zu Ende.(10) Heute versteht man besser, was er damit sagen wollte. Zu denen, die diese Kriegsbesessenheit angreifen, gehört Murit Peled-Elhanan, die Regierungschef Netanjahu angeklagt hat, für den Tod ihrer Tochter Smadar verantwortlich zu sein, die 1997 bei einem Anschlag ums Leben kam.(11) Als sie jüngst zusammen mit dem palästinensischen Schriftsteller Izzat Ghassawi den Sacharow-Preis erhielt, sagte sie vor dem Europaparlament: "Der englische Dichter Dylan Thomas schrieb einmal: 'Der Tod hat keine Regierung.' In Israel hat der Tod eine Regierung, er ist an der Regierung, und diese Regierung ist tödlich."(12)

dt. Marie Luise Knott

Fußnoten:

(1) Siehe "Netanjahu und die Zionisten-Revisionisten", *Le Monde diplomatique*, November

1996.

(2) Siehe Amnon Kapeliuk, "Rabin - ein politischer Mord", Heidelberg (Palmyra) 1997.

(3) *Jediot Aharonot*, Tel Aviv, 14. Dezember 2001.

(4) Ebenda, 1. Oktober 2001.

(5) *Le Monde*, 14. Dezember 2001.

(6) Ebenda.

(7) *L'Humanité*, 12. Oktober 2000.

(8) Arnon Sofer, *Newsweek*, New York, 12. August 2001.

(9) Die Zustimmung zu Verhandlungen ist allerdings zwischen 23. November und 3. Dezember 2001 von 55 auf 32 Prozent zurückgegangen.

(10) Siehe Ari Shavit, "Sharon is Sharon", *Haaretz*, Tel Aviv, 12. April 2001.

(11) Siehe "Bibi, was hast du getan?" *Le Monde diplomatique*, Oktober 1997.

(12) *Jediot Aharonot*, Tel Aviv, 3. Dezember 2001.

Le Monde diplomatique Nr. 6647 vom 11.1.2002 Seite 1,18-19 73 Zeilen
Dokumentation DOMINIQUE VIDAL

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

◆ [Trefferliste](#)

◆ [Voriger Artikel](#) ◆ [Nächster Artikel](#)

LE MONDE diplomatique

Ausgabe
vom
11.1.2002



Die deutschsprachige Ausgabe der französischen
Monatszeitung für internationale Politik

BEFREITER SÜDLIBANON

Der Libanon nach dem 11. September

Mit angespanntem Blick verfolgen die Palästinenser, die seit Ende des libanesischen Bürgerkriegs in Flüchtlingslagern des Libanon leben, die Situation im Gaza-Streifen und im Westjordanland. Die Befreiung von der israelischen Besatzung im Südlibanon hatte zunächst große Hoffnungen im Land geweckt und eine Phase des Wiederaufbaus eingeleitet. Anhaltende Spannungen in der Region und die Nachwirkungen des 11. Septembers gefährden jedoch die Stabilität und erschweren die Integration der Palästinenser.

Von MARINA DA SILVA *

* Journalistin

EINE Nacht im Fastenmonat Ramadan. Plötzlich wird die Stille durch Schüsse aus automatischen Waffen durchbrochen. Rufe und Gesänge ertönen, als ginge ein Signal durch die Straßen des Flüchtlingslagers. In Jerusalem hat es an diesem 1. Dezember wieder einen Selbstmordanschlag gegeben. Nabil und seine Familie, Bewohner des kleinen Lagers Beddawi im Nordlibanon, hören mit Genugtuung, dass dieses Mal nicht nur Palästinenser zu Tode gekommen sind. "Täglich erleben wir, wie unsere Leute liquidiert werden - und niemand interessiert sich dafür. Seit mehr als fünfzig Jahren zahlen die Palästinenser immer wieder mit ihrem Leben - ein Ende ist nicht abzusehen. Wenn man meint, allein gegen alle anderen zu stehen, glaubt man oft auch, nichts als den eigenen Körper zu haben. Von diesem Gefühl wird die Intifada getragen."

Die Palästinenser, die seit dem Ende des libanesischen Bürgerkriegs in rund einem Dutzend Flüchtlingslagern und Ghettos leben, verfolgen die Intifada sehr genau. In den Familien läuft der Fernseher ununterbrochen und die Bilder der beliebtesten Sender - al-Manar und al-Dschasira(1) - zeigen unerbittlich die Brutalität der täglichen Repression in den besetzten Gebieten; sie bestärken das Gefühl, um alle Rechte betrogen zu werden, und fördern die Solidarität. Das Internet hat die Palästinenser in der Region und im Ausland wirkungsvoll vernetzt. "So enge Kontakte hatten wir noch nie", meint Abu Ali Hassan, Sprecher des großen Lagers Ein al-Hilweh am Stadtrand von Saida. Die etwa 70 000 Einwohner spiegeln den Stimmungswechsel unter den Palästinensern insgesamt.

[Startseite](#)

[Leserbriefe](#)

[Impressum](#)

[Archiv/Suche](#)

[Abonnement](#)

[Anzeigen](#)

[internat. Ausgaben](#)



[Kunst in LMD](#)

eurozine
the netmagazine



Seit dem 11. September ist die Lage gespannt. Nachdem Granatwerfer wiederholt auf libanesischen Soldaten an den Kontrollpunkten geschossen hatten, wurde das Lager von Panzern umstellt. "Die Schüsse können nur das Werk von Provokateuren gewesen sein; sie nützen allein Israel", empört sich Hassan. "Wir haben keinen Grund, uns gegen den libanesischen Staat zu wenden, der sich schließlich gegen die Besatzung und für die Intifada engagiert hat."

In Raschidieh bei Tyrus, einem besonders armen und isolierten Lager, erklärt Adeel, ein junger Anhänger der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), der 11. September habe vor allem den Palästinensern geschadet: "Jetzt wird nicht mehr genau unterschieden zwischen dem Terrorismus und dem legitimen Kampf gegen die Besatzung. Für uns ist der Kampf gegen die Besatzung nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht."

Diese Haltung wird im Libanon uneingeschränkt geteilt. Die Menschen protestierten, als die USA die Hisbollah auf die Liste der Terrororganisationen setzten und das Einfrieren der Hisbollah-Konten forderten. Schließlich ist die Hisbollah eine offiziell zugelassene Partei, stark im Parlament vertreten und ein wichtiger Teil des öffentlichen Lebens - sie besitzt ein einmaliges Netzwerk wohltätiger Einrichtungen. Man würdigt ihre Effizienz und vor allem die Rolle, die sie im Widerstand gegen die israelische Besatzung des Südlibanon gespielt hat.

Jaum al-Tahrir, der "Tag der Befreiung" ist für alle Libanesen ein heiliges Datum. Auch Adnan wird den 23. Mai 2000 nie vergessen: "In Merdschajun, al-Khiam, Bent Dschail - überall sahen wir zu, wie sich die Israelis davonmachten. Am Ende des Tages waren hunderttausende in den Süden unterwegs."

In der Bergfestung al-Khiam befand sich bis 1985 die berüchtigte Haftzentrale der Südlibanesischen Befreiungsarmee (SLA), eine zentrale Einrichtung im Terrorsystem der Israelis in der besetzten Zone. Adnan war viereinhalb Jahre in al-Khiam - "kaum der Rede wert", verglichen mit dem Schicksal mancher Leidensgenossen, die 13 oder 14 Jahre in Haft verbrachten und immer wieder verhört und gefoltert wurden. Heute ist das Gefängnis ein Museum, das von der Hisbollah verwaltet wird. Das Gebäude wurde zwar gereinigt und gestrichen, doch Angst und Tod sind noch immer gegenwärtig.

Dass der Südlibanon auch nach seiner Befreiung dem regionalen Konflikt nicht entrinnen kann, ist der Hisbollah bewusst: "Israel hält weiterhin libanesisches Territorium besetzt", erklärt der Hisbollah-Sprecher Hassan Azzedin. "Die aktuelle Rückzugslinie der Israelis (*blue line*) entspricht nicht der internationalen Grenze und wird vom libanesischen Staat nicht anerkannt - darum setzen wir den Widerstand fort." Er verweist darauf, dass die sieben Scheeba-Farmen(2) am Rand des syrischen Golan immer noch zu Israel gehören, dass die *blue line* das Dorf Ghadschar(3) durchschneidet und ihr Verlauf auch in Jarun, Aima und Udeisse umstritten bleibt.

Die israelischen Gewaltakte in **Palästina** haben neue Spannungen ausgelöst. Für Hassan Nasrallah, Generalsekretär der Hisbollah, ist die politische Unterstützung der Intifada eine Pflicht: "Wir sind bereit, uns der Verantwortung zu stellen, trotz des politischen Drucks und der Kriegsdrohungen gegen den Libanon und Syrien. Wenn das Schicksal der Region nur durch einen Krieg entschieden werden kann, soll er geführt werden." Diese Haltung findet keineswegs allgemeine Zustimmung: Nach 22 Jahren Krieg sind die Libanesen von der Vorstellung eines weiteren Krieges nicht begeistert. Aber sie registrieren, welche großen Hoffnungen die arabische Welt in die Intifada setzt.

Die einfachen Leute sehen die militärischen Operationen gegen Afghanistan als einen ungerechten Krieg, der nur der Durchsetzung einer neuen Weltordnung dient. Das nächste Ziel steht für sie schon fest: Irak und alle, die sich nicht freiwillig unterwerfen. Die neue politische Weltlage nach den Anschlägen auf das World Trade Center hat die wirtschaftliche Misere des Landes verschärft und die Hoffnungen in der befreiten Südregion gedämpft. Dennoch, so der Volkswirtschaftler Yusef Khalil, könnte nur ein UN-Embargo das Land wirklich treffen, aber das ist derzeit nicht zu erwarten; im Vergleich zu Israel oder Ägypten erhält der Libanon wenig US-Hilfe, und sein Handel spielt sich hauptsächlich mit Europa ab.

Khalil hat die "Vereinigung zur Förderung der ländlichen Entwicklung" gegründet, eine NGO, die mit Projekten für Fischer in Tyrus und palästinensische Flüchtlinge in den südlichen Lagern begann, ihre Aktivitäten aber inzwischen auf die ehemals besetzte Zone im Südlibanon ausgedehnt hat. Als das entscheidende Problem des Libanon sieht er die ungehemmte Konzentration des Reichtums in den Händen weniger, das nehme dem Land alle Entwicklungschancen: "In einem Land, in dem in wenigen Jahren der Anteil der Haushaltseinkommen, der für Grundbedürfnisse ausgegeben wird, von 40 auf 55 Prozent gestiegen ist, entfallen 50 Prozent der Bankdarlehen auf nur 1 Prozent der Bevölkerung. Der Libanon trägt schwer an den Staatsschulden, die Wirtschaft kommt nicht in Gang, die jungen Leute gehen zu tausenden ins Ausland."

Die Wiederaufbauleistungen im Süden wurden durch neue Staatsschulden finanziert. Wo Ruinen waren, sind inzwischen Häuser und Siedlungen wie Pilze aus dem Boden geschossen - eine städtebauliche Anarchie, die das Gesicht des Landes endgültig zu zerstören droht. Es entstand außerdem ein Verbund von Krankenhäusern und Schulen. Trägerorganisation des Wiederaufbaus war der staatliche Conseil du Sud, der 1970 gegründet worden war, um den Widerstand der Bevölkerung gegen die israelische Aggression zu unterstützen. Er zahlte Entschädigungen an die Familien von Verwundeten, "Märtyrern" und Exgefangenen. Für Soforthilfemaßnahmen standen rund 200 Millionen Dollar zu Verfügung. Mit weiteren 300 Millionen konnten nach Besatzungsende die Schäden an insgesamt 5 000 Häusern und sechs vollständig zerstörten Dörfern behoben und damit 95 Prozent der gesamten Häuser wiederhergerichtet werden. Pro Haus wurden durchschnittlich 20 000 Dollar investiert. Am Conseil du Sud (unter Leitung von Parlamentspräsident

Nabih Berri, zugleich Führer der schiitischen Amal-Partei) führt kein Weg vorbei. Viele sehen in ihm "eine typische Einrichtung des konfessionellen klanartigen Pfründenwesens, an dem der Libanon krank".

Die ehemalige Besatzungszone, die etwa 850 Quadratkilometer (10 Prozent des Staatsgebiets) ausmacht und seit Beginn des Konflikts 1978 ein Viertel ihrer 300 000 Einwohner eingebüßt hat, besitzt einen hohen Symbolwert und ist stark affektiv besetzt. Viele Libanesen sind - teils sogar aus dem Ausland - zurückgekehrt, doch die meisten kommen nur für ein oder zwei Tage - für die 250 Kilometer vom Norden in den Süden des Landes braucht man nur wenige Stunden. Nicht viele lassen sich hier nieder, was auch daran liegt, dass es keine ernsthafte Wirtschaftsförderung gab und nur wenige Arbeitsplätze geschaffen wurden. Einige ganz Mutige haben wieder bei Null angefangen und sich neue Perspektiven geschaffen.

Die Kommunistin Leila, die aus al-Khiam stammt und 1985 als erste Frau ins Gefängnis kam, hat in Beirut unter schwierigsten Bedingungen gelebt. Nichts war ihr geblieben. Jetzt hat sie ein Café aufgemacht - ein einfacher und schneller Weg der Rückkehr in den Süden. Um das in ihrem Dorf geltende Verbot des Alkoholausschanks zu umgehen, ließ sie sich ein paar Kilometer entfernt nieder, unterhalb von Dschebel Siqui, einem Dorf mit drusisch-christlicher Bevölkerung. Leila gefällt es nicht, dass die Hisbollah in der Region das Sagen hat, aber sie fühlt sich nicht bedroht. "Der Widerstand ist nicht nur eine Sache der Hisbollah, sondern auch ein Stück unserer eigenen Geschichte. Bis zur Befreiung haben Militante aller Richtungen gegen die Besatzung gekämpft, gleichzeitig oder gemeinsam mit der Hisbollah. Wir stammen aus dieser Gegend, auch wir haben gekämpft, und unsere Häuser wurden zerstört. Also kann man uns nicht verwehren, hier nach unseren Vorstellungen zu leben."

Der Weg von al-Khiam nach Bent Dschbail führt an der israelischen Grenze entlang. Überall an der Straße leuchten nagelneue Straßenlampen, die ihr grelles Licht auf Felsen und Gras werfen. Für den Süden bedeutet die Befreiung "Wiederaufbau plus Elektrizität". Auf israelischer Seite sieht man inmitten der kargen Landschaft üppige Gärten - ein "Wunder", das sich der reichlichen Bewässerung verdankt. "Alles illegal von libanesischem Gebiet abgepumpt", behaupten die Bauern der Gegend. Am Straßenrand sieht man immer wieder Plakate zum Ruhm des Widerstands: Darstellungen von Panzern, Katjuscha-Raketenwerfern und Fahnen (vor allem der Hisbollah). Daneben blasse Davidsterne, als habe man die Lust auf diese Auseinandersetzung verloren. Das beliebteste Ausflugsziel im Südlibanon ist Marun-Ras bei Bent Dschbail. Vom Aussichtspunkt eines malerischen Hochplateaus geht der Blick weit hinüber nach Galiläa. Auch die Hisbollah ist vertreten: Neben vier Raketenwerfern, die auf Israel gerichtet sind, hat man eine gigantische Plakatwand aufgebaut, an der - jeden Abend hell erleuchtet - die Botschaft prangt: "Jerusalem, wir kommen."

In Bent Dschbail, einem Dorf mit ausschließlich schiitischer Bevölkerung, hat allein die Hisbollah das Sagen, noch ganz im Glorienschein ihres Sieges. "Wir

sind direkt nach der Befreiung hierher zurückgekommen", berichtet Azza Charara, die an der Universität im Libanon unterrichtet. Begeistert erzählt Azza von dem historischen Umbruch und von der Verwandlung der Menschen. Um ihre Sicherheit macht sie sich, ebenso wie ihr Mann, der Soziologe Ahmad Beydoun, nicht allzu viele Gedanken: "Natürlich sind die Gefahren in der Region nicht gebannt, vor allem nach dem 11. September. Aber das betrifft alle Libanesen, denn die Israelis sind in der Lage, überall im Libanon zuzuschlagen."

Die Aufgabe, das befreite Gebiet wieder in eine lebensfähige und attraktive Region zu verwandeln, hat für beide eine symbolische Dimension. "Es gab Befürchtungen, dass hier ein ‚libanesisches Kosovo‘ entstehen würde, mit Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen, aber nichts dergleichen ist geschehen - Konflikte mit konfessionellem Hintergrund oder Racheakte sind sehr selten. Sogar die Villa, die sich Hafez Hachem, die Nummer zwei der SLA, von den Schutzgeldern der Geschäftsleute hat bauen lassen, ist unangetastet geblieben. Die Leute hier haben große Besonnenheit bewiesen." Das Ende der Besetzung hat auch die Überwindung einiger interner Fronten mit sich gebracht: Jene, die weggegangen waren, versuchten die zu verstehen, die geblieben waren. Man hat gelernt, den starren Gegensatz von Kollaboration und Widerstand aufzulösen und unterschiedliche Sichtweisen und Schicksale zu akzeptieren.

Der 11. September hat nun alte Befürchtungen wieder geweckt und daran erinnert, wie fragil das Konstrukt der nationalen Einheit ist. "Die USA können jederzeit unter irgendeinem Vorwand Druck auf den Libanon ausüben, und das würde die ohnehin ausgeprägten antiamerikanischen Haltungen verstärken. Die Menschen machen sich große Sorgen. Aus Bent Dschbail sind viele in die USA gegangen, vor allem nach Michigan, und ihre Familien hier sind abhängig davon, von den ausgewanderten Familienmitgliedern Geld geschickt zu bekommen. Aber die neuerliche antiarabische Stimmung in den USA wird weitreichende Folgen haben. Viele Studenten aus den Golfstaaten, die in den USA waren, haben sich bereits an der amerikanischen Universität in Beirut eingeschrieben, weil sie in Amerika nicht mehr leben können oder wollen."

Wenn es zwischen dem Libanon und den USA zu finanzpolitischen Auseinandersetzungen kommen sollte, behält der Süden des Landes seinen Geiselstatus. Für Stefan De Mistura, persönlicher Referent des UNO-Generalsekretärs, hat die Befreiung des Südlibanon noch nicht wirklich stattgefunden: "Im Süden gibt es 130 000 ‚Soldaten‘ - Soldaten, die Tag und Nacht, sommers wie winters, auf der Lauer liegen und das Töten nicht lassen können. Jeden Monat gibt es mindestens ein Todesopfer." Die Minenräumung, die überwiegend von Spezialisten aus den USA, Kanada, Frankreich, Norwegen und der Ukraine durchgeführt werden muss, kommt nur langsam voran. De Mistura schätzt, dass der Süden, wenn es im derzeitigen Tempo weitergeht, erst in 53 Jahren frei von Minen sein wird. Dabei könnte diese Aufgabe auch in vier Jahren erledigt sein, wenn ausreichende Mittel vorhanden wären - und dabei würden außerdem 10 000 Arbeitsplätze geschaffen.

Die Frage der Minenräumung hat auch viel mit dem Tauziehen um die Friedensverhandlungen zu tun. De Mistura kritisiert die israelischen Übergriffe unermüdlich und verteidigt die Weigerung der libanesischen Regierung, die Grenze zu überwachen, solange die UN-Resolution 242 nicht umgesetzt ist. "Wer sagt denn, dass sich die Souveränität eines Staates darin ausdrückt, dass er Einheiten an seiner Grenze postiert, die andere Einheiten beobachten? Die meisten Staaten der Welt bekunden ihre Souveränität dadurch, dass sie Ärzte, Lehrer und Richter beschäftigen, Institutionen unterhalten . . ." Besondere Sorge bereitet dem UN-Diplomaten der schwindende Einfluss der UN-Mission im Libanon (Unifil)(4), die von einer Schutztruppe immer mehr zu einer Beobachtertruppe geworden ist, und dies obwohl, wie er sagt, "der Südlibanon neben dem Gaza-Streifen und dem Westjordanland zweifellos zu den besonders explosiven Gebieten im Nahen Osten gehört".

Angesichts der Nachbarschaft des Libanon zu Palästina, des gemeinsamen Schicksals und der uneingeschränkten Solidarität mit der Intifada meint man, dass die etwa 350 000 palästinensischen Flüchtlinge im Land akzeptierte Gäste seien. Die Realität sieht anders aus: "In einer Art schizophrenen Wahrnehmung scheint man zu meinen, es handele sich nicht um das gleiche Volk", erregt sich Rula, eine junge Lehrerin. Diskriminiert und verelendet lebten die Palästinenser im Libanon unter schlimmeren Bedingungen als irgendwer sonst in der arabischen Welt, sagt sie. Laut Verfassung ist ihnen eine endgültige Niederlassung in diesem Land verboten, und ihnen wird offiziell und informell übel mitgespielt, was Arbeitsmöglichkeiten, Unterbringung, Ausbildung und Gesundheitswesen anbetrifft. 2001 gehörte es zu den ersten Aktionen der neuen Regierung unter Ministerpräsident Rafik Hariri, ein Gesetz zu verabschieden, das Palästinensern den Erwerb von Grundeigentum untersagt.

Einen gewissen Rückhalt finden die Palästinenser allein bei der Hisbollah, die sich zwar grundsätzlich gegen ihre Integration ausspricht ("um ihr Recht auf Rückkehr nach **Palästina** zu bewahren"), aber ihre Forderungen nach Bürgerrechten unterstützt und soziale Hilfsdienste auch in den Flüchtlingslagern unterhält. Keine der übrigen politischen Kräfte hat sich jemals ernsthaft dafür eingesetzt, dass den Palästinensern Grundrechte und ein Leben in Würde zusteht. "Doch die libanesischen Medien - nicht nur die Organe der Hisbollah - spielen eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der öffentlichen Meinung in der arabischen Welt zur Unterstützung der Intifada", betont Rula und fragt: "Müssten sie alle nicht längst begriffen haben, dass der Funke der Intifada auch auf die Flüchtlingslager im Libanon überspringen könnte?"

dt. Edgar Peinelt

Fußnoten:

- (1) Al-Manar ist der libanesischer Sender der Hisbollah, Al-Dschasira sendet aus Katar.
- (2) Dass Syrien das Gebiet der Scheeba-Ländereien an den Libanon abgetreten hat, wurde von Israel nie anerkannt.
- (3) Ghadschar, ein Dorf mit 1 300 alawitischen Einwohnern, ist teilweise noch von Israel besetzt.
- (4) Die UNO hat derzeit noch 3 500 Mann in etwa vierzig Stützpunkten stationiert, die

entlang einer Grenzline von 95 Kilometern verteilt sind.

Le Monde diplomatique Nr. 6647 vom 11.1.2002 Seite 20 354 Zeilen
Dokumentation MARINA DA SILVA

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

◆ [Trefferliste](#)

◆ [Voriger Artikel](#) ◆ [Nächster Artikel](#)